

Viel Arbeit für den neuen Chef

Mark Herkenrath **Anfang Juli tritt Jim Yong Kim sein Amt als neuer Weltbankpräsident an. Nichtregierungsorganisationen weltweit verlangen von ihm die zügige Umsetzung dringender Reformen.**

Bei den Neuwahlen für das Weltbankpräsidium standen diesen Frühling erstmals auch zwei vielversprechende Kandidaturen aus Entwicklungsländern zur Diskussion. Trotzdem machte mit Jim Yong Kim einmal mehr der Anwärter aus den USA das Rennen. Damit bestätigt sich, dass die viel gepriesenen Fortschritte der Weltbank oft nur die Oberfläche betreffen. Die Bank ist zwar in den letzten Jahren offener für die Anliegen der Entwicklungsländer geworden. Doch von einem fundamentalen Umbau kann bislang keine Rede sein. Der neue Präsident steht vor der schwierigen Aufgabe, verschiedene stockende Reformen möglichst zügig voranzutreiben.

Gleichzeitig ist Kim gefordert, der Weltbank ein klareres Aufgabenprofil zu geben. Zurzeit engagiert sich die Bank für Grossprojekte im Infrastrukturbereich und soziale Sicherungsnetze für die Ärmsten, aber auch bei der Klimafinanzierung, der Privatsektorförderung und der Stärkung der Zivilgesellschaft. Viele dieser Bereiche werden auch von der deutlich demokratischer organisierten Uno betreut. Eine internationale Koalition von Nichtregierungsorganisationen, darunter auch Alliance Sud, hat dem zukünftigen Weltbankpräsidenten darum schon im April Vorschläge zukommen lassen, bei welchen Themen und Reformen die Bank ihre Prioritäten setzen sollte.

Gouvernanzreform

Die Neuverteilung der Stimmrechte ist ein Dauerbrenner unter den Reformvorhaben der Weltbank. Hier hat sich die Bank zum Ziel gesetzt, langfristig die Stimmgleichheit der Entwicklungs- und Industrieländer zu erreichen. Die jüngste Revision brachte den ärmeren Entwicklungsländern aber nur wenig,

Die Bank ist in den letzten Jahren offener geworden, doch von einem fundamentalen Umbau kann keine Rede sein.

sondern begünstigte in erster Linie Staaten wie Saudi-Arabien und Südkorea. Diese zählen mit ihren hohen Pro-Kopf-Einkommen längst nicht mehr zu den Entwicklungsländern. Länder mit tiefem oder mittlerem Einkommen stellen zwar mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung, verfügen aber bei den ver-

schiedenen Unterorganisationen der Weltbankgruppe noch immer nur über 40 Prozent der Stimmrechte.

Entwicklungsländer und Nichtregierungsorganisationen fordern deshalb für die nächste Stimmrechtsrevision 2015, dass sich die Stimmengewichte endlich auch am Bevölkerungsanteil der betroffenen Länder orientieren. Ausserdem verlangen die NGOs von Kim, sich beim Exekutivdirektorium für grössere Transparenz und Rechenschaftsablage einzusetzen. Bis jetzt weigern sich fast alle Exekutivdirektoren, ihre Stellungnahmen zu wichtigen Entscheidungen öffentlich zugänglich zu machen.

Klare Richtlinien für die Privatsektorförderung

Der Vorwurf, die Weltbank zwingt mit ihren Kreditaufgaben die Entwicklungsländer zu einer tiefgreifenden Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik, trifft in dieser pauschalen Form nicht mehr zu. Die offiziellen Kreditaufgaben der Bank sind seit ihrer Revision 2005 flexibler geworden und laufen weniger als früher auf sensible makroökonomische Eingriffe hinaus. Dafür betreibt die Weltbank in immer grösserem Umfang direkte Privatsektorförderung und empfiehlt den Entwicklungsländern immer nachdrücklicher, grosse Infrastrukturvorhaben wenigstens gemeinsam mit Privatunternehmen auszuführen.

Eurodad und andere kritische Organisationen zeigen in verschiedenen Analysen auf, dass von diesen Massnahmen zur Privatsektorförderung mehrheitlich die Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne profitieren (vgl. Seite 14). Das heisst: Mit einer solchen Politik wird nicht nur der Ausbau des öffentlichen Sektors, sondern auch die lokale Wirtschaft vernachlässigt. Die Weltbank sollte sich deshalb stärker auf die Förderung des öffentlichen Sektors und einheimischer Unternehmen konzentrieren. Fördermassnahmen zugunsten ausländischer Grossfirmen sollten an klare Richtlinien geknüpft werden, insbesondere an die Einhaltung der Menschenrechte und von Umweltstandards und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze.

Krisenresistente soziale Sicherungsnetze

Das wachsende Engagement beim Aufbau sozialer Sicherungsnetze stösst bei der Zivilgesellschaft auf Lob. Einzelne kritische Stimmen bemängeln allerdings, dass die Weltbank damit vor allem die harten Kreditaufgaben des Internationalen Währungsfonds abfedert, der die Entwicklungsländer oft zu drakonischen Sparmassnahmen zwingt. Ausserdem hat die interne Evaluationsstelle der Weltbank kürzlich aufgezeigt, dass die

Auf ihn warten wichtige Baustellen:
Der neue Weltbankchef Jim Yong Kim zu Besuch in Peru.



Foto: Keystone

von der Bank geförderten Sicherungsnetze nur sehr beschränkt vor den Folgen der globalen Wirtschaftskrise schützten. Sie halfen zwar den schon immer Armen, vernachlässigten aber jene Haushalte, die wegen der Krise neu in die Armut abrutschten. Sollte sich die weltwirtschaftliche Lage weiter verschlechtern, müsste die Weltbank darum rasch neue Instrumente entwickeln.

Nachhaltige Energiestrategie

Ein Thema, das den neuen Weltbankpräsidenten sehr bald beschäftigen wird, ist der laufende Streit um die Energiepolitik der Bank. Hier schlug ein 2011 veröffentlichter Strategieentwurf vor, die Bank solle in fortgeschrittenen Entwicklungsländern auf umweltschädigende Kohlekraftprojekte verzichten. Der Lobby der Kohlekraftproduzenten gelang es jedoch, einzelne Schwellenländer zum Widerstand gegen diesen angeblich diskriminierenden Vorschlag zu bewegen. Viele Nichtregierungsorganisationen und einzelne Industrieländer forderten hingegen einen Ausstieg aus Kohlekraftprojekten auch in ärmeren Ländern.

In ihrem Brief an den neuen Präsidenten bekräftigen die NGOs diese Forderung. Sie verlangen, dass sich die Weltbank grundsätzlich auf kleinere Energieprojekte in abgelegenen Regionen und auf die Verbesserung der Verteilnetze konzentrieren sollte. Im Gegensatz zum Bau riesiger Kohle- und Wasserkraftwerke wäre damit eher gewährleistet, dass ärmere Haushalte den nötigen Zugang zu sauberer Energie erhalten.

Rasche Revision der «Safeguards»

Ein letztes wichtiges Anliegen der Zivilgesellschaft betrifft die Verschärfung der sogenannten «Safeguards», der projektbezogenen Umweltauflagen und Schutzmechanismen für die betroffenen Bevölkerungen. Gemeint sind zum Beispiel die

Richtlinien zum Schutz indigener Völker oder zum Umgang mit Zwangsumsiedelungen bei weltbankfinanzierten Grossprojekten. Hier fordern die Nichtregierungsorganisationen insbesondere bessere Mitspracherechte für die betroffenen Bevölkerungen schon auf der Stufe der Projektplanung.

Die geplante Revision dieser Richtlinien ist jedoch ins Stocken geraten. Kürzlich kündigte die Weltbank an, konkrete Ergebnisse seien erst Ende 2013 zu erwarten. Dafür wurde mit dem ominösen Program for Results ein neues Kreditfenster geschaffen, das sogar die bisherigen Richtlinien untergräbt (siehe Box).

Das ominöse «Program for Results»

mh. Mit dem neuen Program for Results (P4R) – will die Weltbank staatliche Entwicklungsprogramme unterstützen, die aus mehreren Einzelprojekten bestehen. Dabei werden die üblichen Umweltauflagen und Richtlinien zum Schutz der Betroffenen weitgehend ausser Kraft gesetzt. Immerhin aber ist es dank des Widerstands aus der Zivilgesellschaft gelungen, das Programm zunächst auf eine dreijährige Pilotphase zu beschränken. Danach soll eine Evaluation stattfinden. Nichtregierungsorganisationen fordern, dass dabei auch unabhängige Stimmen und Direktbetroffene zu Wort kommen sollen.